

# Haushalt droht Totalbremse

*Mehrheit für Etat auf der Kippe*

VON RAINER HOLZKAMP

■ **Gütersloh.** Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Gütersloh wird möglicherweise schon bald drastisch eingeschränkt. Einige Ratsfraktionen erwägen aus den unterschiedlichsten Gründen, den neuen Haushalt abzulehnen. Die Folge wäre laut Kämmerin Christine Lang, dass keinerlei neue Investitionen getätigt werden dürfen. Die Erste Beigeordnete sprach von einer Totalbremse. Außerdem müsste die Zahlung freiwilliger Leistungen wie Vereinszuschüsse eingestellt werden.

Lang verglich dieses Szenario mit einem selbstverschuldeten Nothaushalt. Gegenüber der NW zeigte sie keinerlei Verständnis für Überlegungen, dem Haushalt die Zustimmung zu verweigern. „Das wäre völlig neben der Spur“. Viele andere Kommunen im Land würden Gütersloh hinsichtlich der Finanzsituation beneiden.

Gleichwohl gibt es insbesondere auf Seiten der Ratsmehrheit Plattform Plus Tendenzen, den Haushalt abzulehnen. Die CDU hat sich nach Aussage ihres Fraktionsvorsitzenden Heiner Kollmeyer zwar noch nicht endgültig festgelegt. Vor allem an zwei Punkten entzündet sich jedoch ihre Kritik. Zum einen den geplanten Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuern, zum anderen, weil es keine klare langfristige Perspektive in Sachen Haushaltskonsolidierung gebe.

Denkbar sei auch, dem Haushalt zuzustimmen und lediglich die Steuererhöhungen abzulehnen, so Kollmeyer. Oder man entscheide sich für die Erhöhung nur einer der beiden Steuern.

Für die Grünen ist indes klar: „Sollte sich nichts Entscheidendes am Entwurf ändern, werden wir den Haushalt ablehnen“, sagte Fraktionschef Marco Mantovanelli. Er sieht in dem Etat einen Verstoß gegen den im vori-

gen Juni verabschiedeten Eckwertebeschluss. Danach soll unter anderem einen Nettoneuverschuldung vermieden werden.

Mantovanelli vermisste bei einigen anderen Fraktionen echten Einsparwillen. „Wir haben viele Vorschläge zur Stadthallensanierung und zum Feuerwehrneubau gemacht.“ Beides müsse neu überdacht werden. Auch die Sanierung der Hauptschule Nord sei nach dem Scheitern der Modellschule hinfällig. Kritik äußerte er an der Beförderung leitender Verwaltungsmitarbeiter.

Die UWG tendiert ebenfalls dazu, mit Nein zu stimmen. Ein Grund dafür, so Fraktionsvorsitzender Peter Kalley: „der erheblichen Eigenkapitalverbrauch in den vergangenen Jahren“. Zudem werde zu wenig gespart, Stichwort Hallenbad-Sprung-

turm; und nach 2010 nun schon wieder die Steuern zu erhöhen, sei nicht opportun.

---

## Defizit geringer

---

Ein deutliches Signal pro Haushalt kam hingegen von der SPD. Fraktionsvorsitzender Thomas Ostermann begründete das damit, dass die drohende Insolvenz der Stadtbibliothek inzwischen abgewendet sei. Kritik, es fehle am nötigen Einsparwillen, ließ er nicht gelten. Bei den Gütersloher Standards würden längst Abstriche gemacht. Zudem wies er auf Stellenreduzierungen in der Verwaltung hin.

Die vorgesehenen Steuererhöhungen nannte Ostermann maßvoll und angemessen. „Viele, die jetzt schreien, zahlen gar keine Gewerbesteuer.“

Laut Kämmerin Lang haben sich seit der Haushaltseinbringung Einnahmeverbesserungen von 3,5 Millionen Euro ergeben. Unterm Strich bleibe gleichwohl noch ein Defizit von 4,4 Millionen Euro. Es bestehe somit kein Anlass, auf die Steuererhöhungen zu verzichten, zumal sich die Finanzsituation in den kommenden Jahre eher verschärfe.